



Ständerat sagt Ja zu 109-Milliarden-Notkrediten

Der Ständerat hat sich am Dienstag hinter vom Bund eingegangene Verpflichtungen in Höhe von 109 Milliarden Franken im Zusammenhang mit der Übernahme der CS durch die UBS gestellt.



Gesprächsbedarf: Finanzministerin Karin Keller-Sutter unterhält sich am Rande der Debatte in der kleinen Kammer mit dem Genfer SP-Ständerat Carlo Sommaruga.

Bild Alessandro della Valle / Keystone



von Sebastian Gänger

Das Parlament muss die dringlichen Verpflichtungskredite für Bundesgarantien im Umfang von 109 Milliarden Franken im Rahmen einer ausserordentlichen Session nachträglich genehmigen. Da die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte die Kredite schon rechtsverbindlich genehmigt hat, würde ein Nein nichts ändern (Ausgabe vom Dienstag). Es wäre aber ein politisches Zeichen.

Im Ständerat stimmten am Dienstag nur vier Mitglieder der SVP sowie ein SP-Vertreter und eine Grünen-Vertreterin gegen die Notkredite. Weitere Mitglieder dieser drei Fraktionen enthielten sich. Mitte und FDP stimmten den Nachtragskrediten geschlossen zu.

Der Ständerat beschloss gleichwohl Änderungen zur Vorlage des Bundesrats. Sollten im Zusammenhang mit der CS-Übernahme weitere Mittel vom Bund nötig werden, will die kleine Kammer, dass diese nicht über Notrecht beschlossen werden, sondern auf dem ordentlichen Weg. Dieser Entscheidung fiel mit 28:14 Stimmen. Mehr als ein Appell ist dies allerdings nicht. Die Klausel könnte per Notrecht aufgehoben werden.

Anders als der Bundesrat sprach der Ständerat zudem Ressourcen von insgesamt sieben Millionen Franken für das Eidgenössische Finanzdepartement. Der Bundesrat beantragt hier lediglich fünf Millionen Franken im Zusammenhang mit der Credit-Suisse-Übernahme und der Aufarbeitung der Ereignisse.

CS-Kader unter Beschuss

Die rund vierstündige Debatte über die Nachtragskredite war lebhaft. Viele Ständeratsmitglieder

machten ihrem Ärger über die umstrittene Banken-Notfusion Luft. Verursacht worden sei dieser Schlamassel von einer verantwortungslosen Managerkaste, sagte etwa Thierry Burkart (Aargau, FDP). «Verantwortungslose Manager sind die Totengräber der freien Marktwirtschaft.» Es sei «unsäglich», welche Arroganz das oberste Bankenkader immer wieder an den Tag lege, hielt Daniel Fässler (Appenzell Innerrhoden, Mitte) fest. Kritisiert wurde auch die nach der Finanzkrise etablierte «Too big to fail»-Regulierung.

Die Urner Mitte-Ständerätin Heidi Z'graggen kritisierte aber auch die Aufsicht. Den Zeitpunkt der frühzeitigen Intervention zu identifizieren, sei die ständige Aufgabe der Finanzmarktaufsicht, der Nationalbank und des Finanz-
«Es war keine Zwangsheirat, es war eine Vernunfthe.»

Karin Keller-Sutter

Finanzministerin

departements. «Dieser Zeitpunkt wurde mit Sicherheit verpasst.»

«Historische Chance verpasst»

Mit der neuen Megabank sei das Klumpenrisiko noch verstärkt worden, warnte Hannes Germann (Schaffhausen, SVP). Er warf die Frage auf, ob es nicht andere Möglichkeiten gegeben hätte – etwa eine Rettung durch die Nationalbank via notrechtliche Änderung des Nationalbankgesetzes.

Laut dem Genfer SP-Ständerat Carlo Sommaruga hätte die Credit Suisse auch vorübergehend verstaatlicht werden können. Diese Lösung habe das Finanzdepartement aus ideologischen Gründen

verworfen. Mit einem Kauf der CS durch die Nationalbank wäre aus seiner Sicht der Verlust von Arbeitsplätzen geringer gewesen, der Wettbewerb wäre nicht eingeschränkt worden. «Der Bundesrat hat eine historische Chance verpasst.»

Einig waren sich die Ständeräte darin, dass das Bankkapitel mit der Übernahme der CS durch die UBS nicht geschlossen ist. Differenzen gab es beim Tempo der Umsetzung. Insbesondere die Ratslinke verlangte ein rasches Handeln. Viele Bürgerliche konterten: Vor einer neuen Regulierung brauche es umfassende Abklärungen statt Schnellschüsse. Gewisse Dinge könne die Politik jedoch nicht regulieren, gab FDP-Parteipräsident Burkart zu bedenken. Dazu gehörten Anstand, Vertrauen und Demut. Fässler brachte es wie folgt auf den Punkt: «Dem Staat wird es nie gelingen, den Charakter von Menschen zu ändern.»

Nicht absehbare Folgen

Finanzministerin Karin Keller-Sutter äusserte Verständnis für die Wut, die Frustration und die Ratlosigkeit vieler Ständeratsmitglieder: «So ist es mir auch gegangen.» Ihr Ziel und das Ziel des Bundesrats sei es gewesen, einen grossen volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden. «Es ging darum, das geringste Übel zu wählen.» Der Bundesrat sei bereits im Vorjahr über die schwierige Lage der Credit Suisse informiert gewesen, so Keller-Sutter. Der Liquiditätsabfluss der Grossbank habe aber zwischenzeitlich gestoppt werden können. Am 15. März sei dem Bundesrat dann allerdings klar geworden, dass der CS ohne drastische Massnahmen ein ungeordneter Konkurs drohe. Vier Tage später wurde die Bankenrettung beschlossen.



Klar sei, dass ein ungeordneter Konkurs gravierende Folgen gehabt hätte. «Wir hatten auch eine Ansteckungsgefahr, weltweit und auf dem Schweizer Finanzplatz», sagte Keller-Sutter. Daher sei die UBS bereit gewesen, diese «Wette» einzugehen. «Es war keine Zwangsheirat, es war eine Vernunftfehe.».

Die Debatte im Nationalrat war bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch im Gange. Alle Infos: www.suedostschweiz.ch.

CS-Debakel: Fraktionen im Nationalrat kritisieren Behörden und Banken scharf

Die Fraktionssprecher im Nationalrat haben zu Beginn der Sondersession kein Blatt vor den Mund genommen. Mit scharfen Voten verurteilten sie die Fehlleistungen der Bankmanager, aber auch die mangelhafte Aufsicht und die Kommunikation des Bundesrats. Bestürzung, Entsetzen, Erschütterung, Fassungslosigkeit, Konsternation: So fasste **Thomas Matter** (SVP, Zürich) am Dienstagabend zu Beginn der allgemeinen Aussprache die Stimmung in der Bevölkerung zusammen – rund drei Wochen nach der Rettung der Grossbank Credit Suisse. Es gebe einen Vertrauens-

verlust in der ganzen Welt. Es sei nun endlich dafür zu sorgen, dass es keine Bank mehr gebe, deren Konkurs der Staat verhindern müsse. Zur Verantwortung gezogen werden müsse auch das Management der CS. «2008 war eine Tragödie, 2023 ist eine Farce», sagte **Cédric Wermuth** (SP, Aargau). Dass die Politik nichts aus den Fehlern in der Finanzkrise gelernt habe, sei fahrlässig. Als «unglaublich» bezeichnete **Mattea Meyer** (SP, Zürich) den Umstand, dass die Staatsgarantien zugunsten der neuen Megabank ganz ohne Bedingungen beschlossen worden seien. Die «Too big to fail»-Re-

geln seien gescheitert, bilanzierte **Philipp Matthias Bregy** (Mitte, Wallis). Es brauche künftig neue Regeln für mehr Eigenkapital, ein Boni-Verbot bei Verlusten und griffigere Instrumente für die Aufsicht. Zudem müsse das CS-Topmanagement zur Verantwortung gezogen werden. **Lilian Studer** (EVP, Aargau) kritisierte das «wiederholte Managementversagen» bei der CS. Die FDP nahm ihre Finanzministerin und den Bundesrat am meisten in Schutz. «Wenn die CS nicht gerettet worden wäre, hätte dies einen Tsunami auf den Finanzmärkten ausgelöst», sagte **Damien**

Cottier (FDP, Neuenburg). Doch auch für die FDP müssen die «Too big to fail»-Regeln überdacht werden. «Die bürgerliche Laissez-faire-Politik hat versagt», hielt **Franziska Ryser** (Grüne, St. Gallen) fest. Die «Kultur der kollektiven Verantwortungslosigkeit» müsse ein Ende finden. Schliesslich ergriff **Jürg Grossen** (GLP, Bern) das Wort. In den Augen seiner Fraktion ist das Debakel auf mehrfaches Versagen zurückzuführen. «Verantwortlich ist insbesondere die CS-Spitze.» Eine nicht unbedeutende Verantwortung hätten aber auch die Finma und der Bundesrat. (sda)